



Stadtumbau in Halle – Bilanz und Perspektiven

- Fazit einer Pressekonferenz von Oberbürgermeisterin Häußler -

Am 17. März 2004 zog die Oberbürgermeisterin der Stadt Halle, Ingrid Häußler, im Rahmen einer Pressekonferenz eine erste Bilanz des Stadtumbaus in ihrer Kommune. Die Inhalte der Presseerklärung werden im Folgenden in wesentlichen Zügen wiedergegeben.

Halle ist auf dem richtigen Weg

Mit den 2002 und 2003 bewilligten Fördermitteln in Höhe von insgesamt 13,5 Mio. Euro kann über die nächsten Jahre der Rückbau von 4.200 Wohnungen in der Stadt realisiert werden. Das sind mehr als 20 Prozent der im ISEK bis 2010 geplanten Abrisse. Die Mittelumsetzung wird durch die Wohnungsunternehmen mittels Vorfinanzierung um zwei bis drei Jahre beschleunigt. Der Umsetzungsfortschritt ist in der zukünftigen „Waldstadt Silberhöhe“ am deutlichsten sichtbar. Hier wurden allein 65 Prozent der letztjährigen Abrissmaßnahmen in der Stadt getätigt. Gleichzeitig sind für stadtumbaubezogenen Aufwertungsmaßnahmen in Halle allein im Programmjahr 2003 insgesamt rund 7,4 Mio. Euro eingeworben worden. Die Stadt bekannte sich hier mit der Übernahme von Kofinanzierungsverpflichtungen in Höhe von rund 2,5 Mio. Euro trotz knapper angespannter Haushaltslage eindeutig zu ihrer Verantwortung für den Stadtumbau.

Die Stadt Halle (Saale) kann damit eine Zwischenbilanz vorlegen, die vorbildlich für die Städte des Landes ist. „Ich bin stolz, dass es im Zusammenwirken aller Beteiligten gelungen ist, einen 100igen Fördermittelabfluss in den beiden letzten Jahren zu realisieren. Das können nicht viele Kommunen des Landes behaupten“, schätzt Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler ein.

2004 an vorbildliche Zwischenbilanz anknüpfen

Im Programmjahr 2004 wollen wir das Tempo halten und weiter beschleunigen. Deshalb wur-

den für Rückbau 15,8 Mio. Euro und für Aufwertung 9,9 Mio. Euro aus dem Stadtumbauprogramm beantragt. Damit könnten in den nächsten Jahren weitere 4.700 Wohnungen vom Markt genommen werden. „Die immensen Summen zeigen, dass es Halle wirklich ernst meint mit dem Stadtumbau und wir können die Verpflichtungen auch einhalten“, hebt OB Häußler hervor.

In den Jahren bis 2009 wollen wir mit Hilfe des Stadtumbauprogramms insbesondere unsere Innenstadt stärken. Alle Maßnahmen gehen einher mit Anpassungsmaßnahmen im Bereich der sozialen, kulturellen und Verkehrsinfrastruktur. Diesem Anliegen widmet sich die Lenkungsgruppe "Stadtumbau" im eigens initiierten "Netzwerk Infrastruktur".

Unterstützung von außen wichtig

Die Ergebnisse der aktualisierten kommunalen Bevölkerungsprognose bestätigen, dass die Stadt mit ihrer konsequenten Stadtbaupolitik auf dem richtigen Weg ist. Die Einwohnerzahl sinkt langsamer als bisher angenommen. Doch je schneller die Verwaltungsvereinbarungen und Förderrichtlinien für den Stadtumbau von Bund und Ländern auf den Weg gebracht werden, desto schneller werden wir in Halle weiter Umsetzungserfolge erreichen.

Dank an Minister und Landesverwaltungsamt

„Ich bedanke mich an dieser Stelle auch beim zuständigen Minister des Landes Sachsen-Anhalt und beim Landesverwaltungsamt für die Unterstützung bei der Umsetzung des Stadtumbauprozesses. Dennoch möchte ich an beide appellieren, nicht nachzulassen. Nur die volle Mittelbewilligung sichert das Gelingen des Stadtumbaus in der einwohnerstärksten Kommune des Landes“, sagte Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler zum Abschluss der Pressekonferenz.

EDITORIAL

Vom Konzept zur finanziell gesicherten Umsetzung

Für den Stadtumbauprozess in den Neuen Bundesländern gibt es zwischenzeitlich eine breite und qualitativ gute konzeptionelle Basis. Die als positiv zu bewertende Mobilisierung von **konzeptioneller Kompetenz** ist aber nur die **hinreichende Bedingung** für die erfolgreiche Gestaltung des Stadtumbauprozesses. Die entscheidende, **notwendige Bedingung** ist die **finanzielle Unterfütterung** der Vielzahl von Einzelmaßnahmen und -projekten, die den Stadtumbau praktisch charakterisieren!

Aber weder für die Wohnungswirtschaft noch sonstiges privates Unternehmertum lassen sich zur Zeit Projekte im Stadtumbauprozess identifizieren kann, die sie in die Lage versetzen, allein die notwendigen finanziellen Ressourcen verfügbar zu machen. Die bereitgestellten Bundes- und Landesfördermittel lindern zwar zum Teil ihre Probleme, sind aber in ihrer Handhabung oftmals schwerfällig und als mittelfristige Planungsgrundlagen teilweise instabil. Bleiben noch die kommunalen Finanzen, die schon jetzt teils nicht ausreichen und angesichts des Einwohnerrückgangs und reduzierter Landesfinanzzuweisungen weiter schrumpfen.

Um die Umsetzung der mühsam erarbeiteten Stadtumbaukonzepte nicht aufgrund fehlender Finanzmittel zu gefährden, müssen folglich ohne Zeitverzug die entsprechenden bundes- und landespolitischen Förderprioritäten weiter erhöht werden. Wichtig ist zudem neue, innovative Anreizsysteme im Interesse privater Rentierlichkeit von stadtumbaubezogenen Projekten in den Gesamtprozess einzubringen. Auch im kommunalpolitischen Bereich gilt es, tradiertes Finanzgebaren angesichts einer auf der Kippe stehenden Stadtentwicklung zu hinterfragen und den Mut aufzubringen, dem Stadtumbau die ihm gebührende finanzielle Aufmerksamkeit zu schenken. Bürger und Wirtschaft einer wettbewerbsfähiger ostdeutscher Städte werden es Politik und Verwaltung danken respektive ihre ganz eigenen Konsequenzen ziehen.

Dr. Michael Schädlich,
ISW

INHALT

Jost Riecke, Ronald Meißner Stadtumbau in Sachsen-Anhalt - Rück- und Ausblick.....	2
Karsten Gohnick Arbeitsgruppe „Infrastruktureller Stadtumbau“	2
Martin Krems Internationale Bauausstellung „Stadtumbau“	2
Bernd Böhme Abriss- und Aufwertungsmaßnahmen im Gebiet Silberhöhe	3

online-Newsletter der Stadt Halle Erste Forstflächen für „Waldstadt Silberhöhe“	3
Stellungnahmen der Fraktionsvorsitzenden des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) zum Stadtumbau.....	4-5
Dr. Matthias Krause Rückbau/Anpassung von technischer Infrastruktur	5
Guido Schwarzendahl Wohnungswirtschaftliche Strategien im Schrumpfungsprozess	6

Dr. Heinrich Wahlen Innerstädtische Plattenbauten	6
Bernd Danzke Erfahrungen mit Mieterberatung	7
Udo Mittinger Gebietsaufwertung durch Abriss und Nachnutzung 7	
Innenstadtrevitalisierung und Altbaumanagement ..	8
Privatinitiative Stadtumbau veranstaltet Workshop.8	
Stadtumbau Ost und kommunale Finanzen	8

Stadtumbau in Sachsen-Anhalt – Rück- und Ausblick

Wohnungswirtschaft blickt optimistisch in das Jahr 2004

Die öffentlichen Debatten – insbesondere über die Printmedien – zeigen nicht das reale Bild der Situation der Wohnungswirtschaft und den Stand des Stadtumbaus in Sachsen-Anhalt. Berechtigt stehen Probleme der Umsetzung der Ziele des Stadtumbaus im Mittelpunkt. Hierüber muss gesprochen werden – in aller Offenheit – mit dem Mut zu Veränderungen.

Zu wenig oder gar nicht werden die Fortschritte und Erfolge gewürdigt. Das ist ärgerlich, denn allein im Jahr 2003 sind fast 400 Mio. Euro Investitionen in den Wohnungsbestand geflossen und immerhin rund 7 000 Wohnungen sind in den letzten Jahren abgerissen worden. Wir sind insgesamt nicht zufrieden, aber mit Blick

auf die Rahmenbedingungen stolz auf das Erreichte. Im Jahr 2004 wird es noch deutlicher vorangehen. Die kommunalen Wohnungsgesellschaften und Wohnungsgenossenschaften werden auch in diesem Jahr durch ihr Handeln beweisen, dass sie für gutes und bezahlbares Wohnen, für soziales und öffentliches Engagement und für eine lebens- und liebenswerte Stadt stehen.

Wie in der Vergangenheit, schließt unser Handeln die Auseinandersetzung mit dem, was uns hemmt, ein. Aktuell geht es hier um die Förderung der Sanierung des Mietwohnungsbestandes nach den Grundsätzen des bisherigen Investitionszulagengesetzes über das Jahr

2004 hinaus, um die weitere Aufstockung der Mittel für den § 6a AHG, damit der Grundsatz „Wohnung weg, Schulden weg“ für alle Beteiligten am Stadtumbau gilt und die frühzeitige Inkraftsetzung der Verwaltungsvereinbarung 2004.

Ronald Meißner

Verbandsdirektor VdWg

(Verband der Wohnungsgenossenschaften Sachsen-Anhalt e.V.)

Jost Riecke

Verbandsdirektor VdW

(Verband der Wohnungswirtschaft Sachsen-Anhalt e.V.)

Arbeitsgruppe „Infrastruktureller Stadtumbau“

Ressortübergreifende Zusammenarbeit hat sich bewährt

Ende des Jahres 2002 wurde durch die Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler die fachbereichsübergreifende Arbeitsgruppe „Infrastruktureller Stadtumbau“ ins Leben gerufen.

Aufgabe der Arbeitsgruppe war es, das Thema Stadtumbau und die damit verbundenen besonderen stadtplanerischen und verkehrsplanerischen Belange mit den einzelnen Fachplanungen in einem ganzheitlichen Planungsansatz zu verbinden. Den Themenschwerpunkt bildeten die Einrichtungen der sozialen Infrastruktur. In den Zeitraum der Tätigkeit der Arbeitsgruppe fielen eine ganze Reihe wichtiger Entscheidungen, u. a. zur Fortschreibung der Schulentwicklungs-

planung, zur Entwicklung der Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, zu den Auswirkungen des neuen Kinderbetreuungsgesetzes und zu den Bibliotheksstandorten in der Stadt Halle. Zu diesen Konzeptionen hat die Arbeitsgruppe ihr Votum abgegeben. Immer ging es dabei auch um die Schließung von Einrichtungen und nicht jede Entscheidung fand die Zustimmung aller Beteiligten. Es ist jedoch angesichts einer nicht nur hinsichtlich der Einwohnerzahl schrumpfenden Stadt erforderlich, auch die sozialen Einrichtungen dem sich verändernden Bedarf anzupassen, dabei aber mit dem Ziel, die einzelnen Stadtteile zu funktionierenden Sozialräumen zu ent-

wickeln. Das Netz infrastruktureller Einrichtungen soll nicht nur nachhaltig und zukunftsfähig, sondern auch noch bezahlbar sein. Die Arbeitsgruppentätigkeit hat sich bewährt. Sie hat das Verständnis für die einzelnen fachbereichsspezifischen Probleme geweckt und zu Lösungsvorschlägen, z. B. hinsichtlich der Mehrfachnutzung von Einrichtungen, geführt, um ein erforderliches Mindestmaß an infrastruktureller Ausstattung in den Stadtteilen zu gewährleisten.

Karsten Gohnik

amt. Ressortleiter Stadtentwicklung, Halle

Internationale Bauausstellung „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“

Grundidee und Arbeitsschwerpunkte 2004

Grundanliegen der IBA ist es, in Zusammenarbeit mit den beteiligten Städten die Chancen des Stadtumbaus und der neu entstehenden Freiräume zu nutzen. Das Ziel sind neue, dauerhaft lebensfähige städtische Strukturen und Profile. Wir wollen von der schrumpfenden zur schlanken Stadt kommen. Eine Internationale Bauausstellung ist keine Ausstellung im herkömmlichen Sinne. Die Besucher erwarten keine Bilder in einem Museum und keine Schautafeln in einer Messehalle. Die Objekte einer IBA sind oder werden gebaute Wirklichkeit. Die IBA Stadtumbau 2010 versteht sich als „Labor“, in dem verschiedene „Werkzeuge“ des Stadtumbaus exemplarisch zur Erprobung und Anwendung kommen. Bislang sind zwölf Städte mit elf IBA-Themen beteiligt, die der aus Vertretern der Landesregie-



„Mehrere Hundert Staßfurter interessierten sich für die IBA-Planung zur „leeren Mitte“ Foto: Faber/Weißbarth, IBA-Büro

rung, Verbänden und unabhängigen Fachleuten zusammengesetzte Lenkungsausschuss im Herbst 2004 evaluieren wird. In einigen Städten - Aschersleben, Lutherstadt Eisleben und Staßfurt - haben erste Umsetzungsschritte bereits begon-

nen. In anderen Orten werden mit breit angelegten „Innovationskonferenzen“ viele gesellschaftliche Akteure in die Ausgestaltung der IBA-Vorhaben einbezogen. In Staßfurt hat die IBA sehr gute Erfahrungen mit radikaler Öffentlichkeit des Planungsverfahrens für die Neugestaltung der Stadtmitte gemacht.

Die IBA wird in diesem Jahr ihre Serie von übergreifenden Themenveranstaltungen fortsetzen. Auf dem Programm stehen unter anderem Stadtumbau und Denkmalschutz, die Bedeutung von Subventionen und der Umgang mit städtischen Branchen.

Mehr Infos unter www.iba-stadtumbau.de oder Telefon: (0340) 6508-207

Martin Krems - IBA Büro, Dessau

Vom Plan zur Tat: Abriss- und Aufwertungsmaßnahmen im Gebiet Silberhöhe

Aktuelle Beispiele einer Wohnungsgenossenschaft

**Umbaubericht-
live aus Halle**

Endlich ist es soweit! Nachdem bereits in den Jahren 1999 bis 2002 vier Hochhäuser des Typs IW 76 P2/ 11 der Halleschen Wohnungsgenossenschaft „Freiheit“ e.G. mit insgesamt 464 WE auf Grund hoher Wohnungsleerstände geschlossen wurden, kann nun bis Jahresmitte 2004 der Abriss von drei der leer gezogenen Gebäude erfolgen. Auch das andere der vier Hochhäuser konnte von uns erst letztes Jahr abgerissen werden und das Areal in eine ansprechende Grünfläche verwandelt werden (siehe Fotos).

Um es klar zu sagen, der wahre Grund der Verzögerung liegt an der späten Einlösung von Fördermittelzusagen, ohne die unser Unternehmen zum Abriss nicht in der Lage wäre. Dennoch hat unser Beitrag zum Stadtbau mit der Schaffung annehmbarer Ersatzwohnungen für die von der Umsetzung betroffenen Mitglieder, die damit auch unserer Stadt erhalten bleiben, längst begonnen. Hierfür mußten die notwendigen finanziellen Mittel sofort außerplanmäßig bereitgestellt werden. Auch wenn wir für die zugesprochene Förderung dankbar sind, so muss doch klar sein, dass uns die letzten Teilmittel aus den entsprechenden Programmjahren für den Abriss dieser Objekte erst

im Haushaltsjahr 2007 zufließen werden. Im Falle der Bewilligung von Mitteln aus dem derzeitigen Programmjahr 2004 kann noch in diesem Jahr mit dem Abriss eines weiteren Hochhauses mit 129 Leerwohnungen begonnen werden. Bis zum Jahr 2010 soll nach den derzeitigen Vorstellungen allein von unserem Unternehmen nur in der Silberhöhe der Abriss von weiteren 600 WE realisiert werden. Insgesamt soll allein in diesem Stadtteil im Rahmen des Stadumbaues in Halle bis zum Ende dieses Jahrzehnts eine Rückbauleistung von über 7.200 Wohnungen (sic!) erbracht werden. Die Hauptlast wird dabei voraussichtlich von nur sechs Unternehmen getragen, die so wie unsere Genossenschaft ein positives Beispiel setzen, um das Gebiet für die rund 10.000 Menschen (Einwohnerprognose 2015), die dort auch langfristig ihre Zuhause finden werden, umzugestalten (siehe auch Artikel zur „Waldstadt Silberhöhe“ in dieser Ausgabe).

Die perspektivische Entwicklung des Gebietes Silberhöhe wird deshalb unter Leitung des Fachbereiches für Stadtplanung und -entwicklung von den Wohnungsunternehmen und weiteren Beteiligten gemeinsam erarbeitet und in Form eines

Neuordnungs-
konzeptes
dokumentiert.

Auf dieser Grundlage ist es möglich, bei der eigenen Unternehmensplanung bereits konzipierte Entwicklungen zu berücksichtigen.

Dabei zeichnen sich jedoch von Anfang an Schwierigkeiten bei der Nachnutzung der durch Abriss freiwerdenden Flächen ab, diese wirtschaftlich sinnvoll einzusetzen. Oft werden sich die entstehenden Freiräume - als Grünfläche mit Gehölzen und Bäumen gestaltet - positiv auf das Wohnumfeld der verbliebenen Wohnungen auswirken (siehe Foto). Aber auch die Bewirtschaftung solcher Flächen wird Kosten verursachen, egal ob eigene Mieter davon partizipieren, oder nicht. Deshalb sind wirtschaftlich tragfähige Nachnutzungen, wie die im Nördlichen Zentrum des Stadtteiles beabsichtigte Errichtung von Seniorenwohn- und Pflegeeinrichtungen oder von Gebäuden mit „Betreutem Wohnen“ grundsätzlich zu begrüßen.

*Bernd Böhme,
Vorstand, HWG Freiheit e.G.*



links: Ehemaliges Wohngebäude der HWG Freiheit e.G., Riedweg 4-8, Halle-Silberhöhe, abgerissen Mitte 2003 schaffte Möglichkeiten für neue Grünflächen (rechts)

Erste Forstflächen für „Waldstadt Silberhöhe“ entstehen

(halle.de) In den zurückliegenden Monaten wurden auf der Silberhöhe die Hochhäuser am Rohrweg und die beiden Schulen „Carl Friedrich Gauß“ und „An der Elsteraue“ abgerissen.

Die dadurch entstandene Brachfläche zwischen Kaiserslauterer Straße, Karlsruher Allee, der Straße Am Hohen Ufer und der Elsteraue wird in den kommenden Wochen renaturiert. Eine Fläche von 3,6 Hektar wird aufgeforstet. Der Laubwald, bestehend aus Erlen, Spitz- und Bergahorn, Eschen und Traubeneichen, wird umgeben von einem Saumschutz aus Haselnuss, Heckenkirsche, Hartriegel, Weißdorn und Wildrosen.

Die gesamte Anpflanzung wird mit einem Wildschutzzaun gegen Wildverbiss gesichert. Die insgesamt 18.940 Bäumchen werden als Forstware gesetzt, das heißt, sie sind etwa 30 bis 50 cm hoch. Die Pflanzqualität ist die Voraussetzung für das Entstehen eines weitgehend natürlich wachsenden Waldes.

Innerhalb der Pflanzflächen werden 16 Greifvogelstangen aus grobgeschältem Nadelholz aufgestellt, damit sich auch in diesem Gebiet die Greifvögel schrittweise wieder ansiedeln können. Ein zwei Meter breiter Spazierweg mit einer Bitumendecke wird von der Karlsruher Allee

durch das neu zu schaffende Wäldchen zu einem ebenfalls neuen Aussichtspunkt und weiter zur Straße Am Hohen Ufer führen. Vom Aussichtspunkt, der mit Bänken ausgestattet wird, bietet sich ein weiter Blick über die Saale-Elsteraue.

Sobald die Witterung es erlaubt, beginnt eine Fachfirma im Auftrag des Fachbereichs Grünflächen mit den Arbeiten, für die vier Wochen geplant sind.

*Meldung aus dem Online-Newsletter der Stadt
Halle vom 24.03.2004*

Stellungnahmen der Fraktionsvorsitzenden¹ des Stadtrates der

Stadtumbau als kommunalpolitisches Handlungsfeld - Ansatzpunkte,



*Gottfried Koehn,
SPD*

Halle verfügt über eine Vielzahl historisch erhaltenswerter Gebäude. Spätestens Mitte der neunziger Jahre war aber klar: wir stehen vor einer großen Herausforderung: Durch den Bevölkerungsrückgang stehen viele Wohngebäude leer, sowohl in der Innenstadt als auch in den Außenbezirken. Urbanes Leben erfordert eine Belebung der Innenstadt. Deshalb wird der Zuzug in die Innenstadt besonders gefördert.

Leerstehende Wohnungen in den Außenbezirken müssen rückgebaut werden. Dieser Umbau gibt uns aber auch die Chance, die betroffenen Stadtgebiete attraktiver zu gestalten. Viele Hallenserinnen und Hallenser fühlen sich hier zu Hause. Dies soll aus unserer Sicht so bleiben! Der notwendige Stadtumbau muss in enger Zusammenarbeit zwischen den politisch Verantwortlichen, der Stadtverwaltung und den Wohnungseigentümern sowie in Abstimmung mit den Bewohnern und den vorhandenen Bürgerinitiativen umgesetzt werden. Der Stadtumbau erfordert finanzielle Mittel, die weder die Stadt noch die Wohnungsgesellschaften in Gänze aufbringen können. Die Wohnungsunternehmen müssen dabei stärker als bisher von Bund und Land unterstützt werden.

Zum Stadtumbau gehören auch Entsiegelung und Begrünung von Baulücken und Brachflächen sowie die Schaffung von Grün- und Freizeitflächen. Die ersten Maßnahmen zeigen im wahrsten Sinne des Wortes erste Blüten: der Grünzug auf der Silberhöhe und das Gebiet „Am Treff“ im 2. WK in Halle-Neustadt.

Die konsequente Fortsetzung des Stadtumbaus erhält und schafft auch Arbeitsplätze.

Anliegen der SPD-Stadtratsfraktion ist es, diesen schwierigen Prozess gleichzeitig als Chance zu nutzen. In anderen Städten der Bundesrepublik sowie in Europa werden vergleichbare Prozesse einsetzen. Wir können dabei beispielhaft zeigen, zukunftsfähige, sich an den ändernden Bedürfnissen der Einwohner orientierte, Strukturen zu entwickeln.

Gottfried Koehn, SPD



*Dr. Bodo Meerheim,
PDS*

Seit der Wende ist die Bevölkerung unserer Stadt um ein Viertel geschrumpft. Ein anhaltendes Geburtenfazit und der Wegzug der jüngeren Generation führen gleichzeitig zu einer starken Zunahme der älteren Menschen und insgesamt zu einem Bevölkerungsschwund. Die Folgen dieser demografischen Entwicklung werden unter dem Schlagwort „Schrumpfende Stadt“ zusammengefasst.

Extremer Wohnungsleerstand, Unterauslastung oder entstandene Überdimensionierung kommunaler Infrastruktur bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl derjenigen, auf die nach dem Solidarprinzip die Kosten verteilt werden, sind die Charakteristika dieses Prozesses. Dem muss durch den Stadtumbau entgegen gewirkt werden.

Der Stadtumbau ist eine der zentralen Aufgaben kommunaler, aber auch nationaler Politik in den nächsten Jahren. Stadtumbau ist weit mehr als Abriss. Stadtumbau muss als Prozess ganzheitlicher Stadtentwicklung ausgerichtet werden. Er beeinflusst und durchdringt jegliche Infrastruktur der Stadt - Wohnen, Kultur, Soziales, Sport, Verkehr usw.. Anpassungen sind hier aufgrund der demographischen Prozesse unumgänglich. Stadtumbau muss dennoch zur umfassenden Verbesserung der Lebensqualität aller verbleibenden Einwohner führen. Dazu bedarf es der Zusammenarbeit von Mietern, Vermietern, der Stadt und der Versorgungsunternehmen, wie sie im Netzwerk Stadtumbau in Halle sehr gut praktiziert wird. Und, die Stadt Halle hat gute Grundlagen mit dem Stadtentwicklungskonzept gelegt. Das nötige Geld soll auch weiter aus dem Programm „Stadtumbau Ost“ in den nächsten Jahren zur Verfügung gestellt werden. Leider gibt es hier Schwierigkeiten, so dass die Wohnungsunternehmen in den beiden letzten Jahren vorfinanzieren mussten. Für einige von ihnen ist das nicht mehr möglich, so dass der Stadtumbau ins Stocken geraten könnte. Dies muss verhindert werden.

Dr. Bodo Meerheim, PDS



*Frank Säger,
CDU*

Viele Städte erleben gegenwärtig den Prozess eines fortwährenden Bevölkerungsrückganges. Die sich ändernden Strukturen stellen jedoch keineswegs die bloße Beschränkung auf ein ostdeutsches Phänomen dar, sondern haben zwischenzeitlich gesamtdeutsche Ausmaße angenommen. Daraus resultierend erwächst eine überdimensionale Infrastruktur, was für die verbleibende Bevölkerung mit steigenden Kosten verbunden ist und die Stadt unattraktiv erscheinen lässt.

Derartige Situationen erfordern nachhaltiges Handeln und sind Anlass politischer Überlegungen. Durch Stadtumbauprogramme wird das Ziel verfolgt, Städte an veränderte demografische und ökonomische Bedingungen anzupassen. Hierbei werden Strukturen gestaltet, die langfristig attraktiv, wirtschaftlich und zukunftsfähig sind und den Bewohnern eine verbesserte Lebensqualität bieten.

Um eine derartige städtebauliche Aufwertung betroffener Gebiete tatsächlich gewährleisten zu können, ist eine effektive Verzahnung vom planerischen Umgang mit Leerständen über Strukturanpassung bis hin zur zukunftsorientierten Bestandsentwicklung unerlässlich. Denn Wohnqualität und Gebrauchswert gewinnen für Städte eine immer größere Bedeutung auch als Marketingfaktor.

Jedoch stellt sich hier die Frage, wie intensiv Stadtumbau betrieben werden muss. Sind die entwickelten Strategien und Konzepte der Städte ausreichend oder wird der Bevölkerungsschwund weiter anhalten und somit weitere Rückbaumaßnahmen erforderlich machen? Fest steht, dass diese Thematik oberste Priorität politischen Handelns nicht nur auf kommunaler Ebene haben muss, um ein ungestaltetes Schrumpfen der Städte zu vermeiden.

Frank Säger, CDU

¹ Von allen derzeit im Stadtrat vertretenen Fraktionen bis auf die Unabhängige Bürgerfraktion (UBF), von welcher der Redaktion keine Antwort vorliegt.

² Dargestellt in alphabetischer Reihenfolge der Nachnamen.

Stadt Halle (Saale) zum Stadtumbau ²

Perspektiven und Probleme



Friedemann Scholze,
F.D.P.

Nach Jahren der ungebremsten staatlich subventionierten Suburbanisierung erkennen viele Bewohner wieder den Wert des Organismus Stadt, der mit kurzen Wegen und einer Fülle von Angeboten sowie einer intensiven Versorgungsinfrastruktur den ländlichen Wohnbereichen überlegen ist. Trotz dieser Trends wird Halle von einem beachtlichen Leerstand auch im Altbaubereich geprägt, verursacht im Wesentlichen durch eine verfehlte (städtische) Förderpolitik, die sich auf die Plattenbaugebiete konzentrierte.

Kostendruck und Aufklärungsarbeit scheinen bei den Großvermietern und den betroffenen Mietern eine größere Bereitschaft zum Stadtumbau als noch vor einigen Jahren erzeugt zu haben. Trotzdem erscheint mir bisher der Rückbau in Halle wenig effizient.

Aus Sicht der FDP-Fraktion ist es sinnvoll, die Stadt von den Rändern her nach innen zurückzubauen, auch ganze periphere Wohnquartiere gänzlich niederzulegen. Damit konzentriert man sich auf den Kern, der unter günstigeren Ausgangsbedingungen aus sich heraus wieder wachsen kann.

Der Stadtumbau ist ein tiefer Eingriff in die architektonische, soziale und wirtschaftliche Struktur einer Stadt bzw. eines Stadtteils. Mit Phantasie betrieben, wird nicht nur die Zahl der Wohnungen verringert, sondern vor allem die Lebensqualität im Wohnumfeld und im Stadtteil gesteigert.

Friedemann Scholze, F.D.P.



Mathias Weiland,
HAL-Fraktion

Der Stadtumbau wird mindestens in den nächsten zehn Jahren in Halle die Kommunalpolitik in erheblichen Maße beeinflussen. (Er tut es auch schon jetzt, was sich an der Zahl bereits verabschiedeter Einzelbeschlüsse zu baulichen Aktivitäten in Halle-Neustadt und der Silberhöhe festmacht.)

Nach dem tiefgreifenden wirtschaftlichen Strukturwandel in unserer Region wird die Zukunftsfähigkeit und die Attraktivität der Stadt Halle wesentlich davon abhängen, dass der Stadtumbauprozess gelingt. Dabei bedeutet der Stadtumbau mehr als eine schlichte Bereinigung des Wohnungsmarktes. Er umfasst vielmehr alle Kapazitätsanpassungsmaßnahmen, welche die Kommune zur Sicherung ihrer Wirtschaftlichkeit bei demographisch und wirtschaftlich induziertem Bevölkerungsrückgang vornimmt. Das heißt, es müssen zum einen der Rückbau von Wohnungen und zum anderen die notwendigen Maßnahmen zur Anpassung der sozialen und technischen Infrastruktur - vor allem in den Großsiedlungen der Kommune - vorgenommen werden. Damit einhergehen müssen Maßnahmen zur Aufwertung des Wohnumfeldes in den betroffenen Wohngebieten. Parallel zum Rückbau der Großsiedlungen ist es unerlässlich, eine Revitalisierung der Innenstadt anzuregen.

Zwingend sind dabei die unterschiedlichen Wohnbedürfnisse der städtischen Bevölkerung zu berücksichtigen, um eine langfristig stabile städtische Entwicklung zu erreichen, die ich letztlich als Ziel einer vernünftigen Kommunalpolitik begreife. Darüber hinaus ist es auch erforderlich, durch die Maßnahmen zum Stadtumbau eine Stärkung der Stadt in ihrer Funktion für das Umland zu erreichen. Denn nur wenn die Leistungsfähigkeit der Stadt Halle erhalten bleibt und perspektivisch gestärkt wird, kann sie ihre Aufgaben als Wachstumspol für die gesamte Region erfüllen. Die HAL-Fraktion wird wie bisher den Prozess des Stadtumbaus mit ihren Vorstellungen sachkundig begleiten und die notwendigen kommunalpolitischen Entscheidungen mittragen.

Mathias Weiland, HAL-Fraktion

Rückbau/Anpassung von technischer Infrastruktur

- Rechenbeispiele aus Halle - Silberhöhe
- Wirtschaftsministerium gefragt

1.000 Wohnungen sind bisher auf der Silberhöhe abgerissen worden. Bis zum Jahre 2010, so das abgestimmte Konzept, sollen weitere 6.200 folgen. Das heißt, rund 50 Prozent des Wohnungsbestandes wird zurückgebaut. Dieses Ausmaß des Stadtumbaus hat gravierende Folgen für das Fernwärmenetz der EVH. Durch die Reduzierung der Absatzmengen und Abnehmerdichte entstehen versorgungstechnische Probleme. Die überdimensionierten Netze und Stationen bedingen eine Verlängerung der Transportzeiten des Heizmediums und hohe Temperaturverluste. Auch die Regelfähigkeit der technischen Parameter in den Stationen wird schwierig.

Vor diesem Hintergrund ist in Halle-Silberhöhe die stadumbaubezogene Systemanpassung des Fernwärmenetzes in vollem Gange. In diesem Kontext müssen auch alle Hausanschlussstationen den neuen Vorlauftemperaturen angepasst werden.

Bereits im Herbst 2003 begann die EVH deshalb mit dem Umbau der Wärmeübertragerstation in der Friedrich-Hesekiel-Straße im nördlichen Teil der Silberhöhe, der bis Mai 2004 abgeschlossen sein soll. Allein für diese Maßnahme wendet die Energieversorgung Halle rund 434.000 Euro auf. Bis zum Jahre 2008 muss dann auch im östlichen Teil der Silberhöhe eine weitere Wärmeübertragerstation umgebaut werden. Für die Fortführung der Maßnahmen zur Anpassung des Fernwärmenetzes im gesamten Stadtteil Silberhöhe sind bis zum Jahr 2008 Investitionen von weiteren 2 Millionen Euro notwendig. Hinzu kommen die Kosten für den Rückbau von nicht mehr benötigten Leitungen und technischen Anlagen. Dies betrifft mit 650.000 Euro das Fernwärmenetz und mit 510.000 Euro das Stromnetz.

Die Systemumstellung ist somit kostenintensiv hat jedoch langfristig wichtige Effekte. Sie macht den technologischen Weiterbetrieb des Fernwärmesystems möglich und erhält damit das Absatzpotential für die Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen. Die Wirtschaftlichkeit der Fernwärme erhöht sich, weil Wärmeverluste sinken. Und sie ist eine beispielhafte Lösung für weitere Maßnahmen in anderen Fernwärmeversorgungsgebieten.

Während im Jahre 2003 durch Fördermittel etwa die Hälfte der Investitionsaufwendungen der EVH getragen wurde, arbeitet das Unternehmen derzeit auf eigenes Risiko, da für die Folgejahre keine Zuwendungsbescheide vorliegen. Ein Zustand, der nicht hinnehmbar ist.

Dr. Matthias Krause,
Geschäftsführer, EVH mbH Halle

Wohnungswirtschaftliche Strategien im Schrumpfungsprozess Wohnungsgenossenschaft aus Halle betreute Diplomarbeit zum Thema

Die Wohnungsgenossenschaft Leuna bietet seit mehreren Jahren Studierenden verschiedener Fachrichtungen die Möglichkeit Diplomarbeitsthemen zu bearbeiten, die sich aus den strategischen Aufgabenstellungen eines Wohnungsunternehmens ableiten lassen. Dadurch profitieren beide Seiten: so leisten wir als Wohnungsunternehmen einen Beitrag zur stärkeren Praxisorientierung der akademischen Ausbildung in der Region und werden gleichzeitig in unserer täglichen Arbeit durch die Ausarbeitung wissenschaftlicher Ansätze unterstützt.

Warum steht was leer? Das ist sicher eine der zentralen praktischen Fragen, denen sich die Wohnungswirtschaft in Zeiten großer struktureller Leerstände stellen muss. Zugleich zeigt diese Frage,

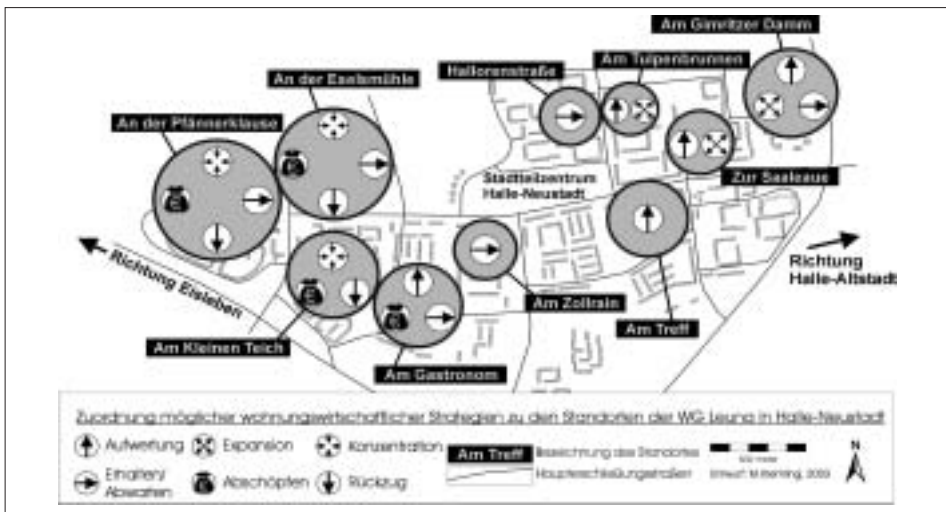
dass innovative strategische Ansätze erforderlich sind, um langfristig dem Leerstandsproblem begegnen zu können. Denn der Abriss von Wohngebäuden löst auf der Ebene des Wohnungsmarktes kurzfristig nur das Problem des Überangebotes auf dem Markt. Durch die angespannte wirtschaftliche Situation der Wohnungsunternehmen ist aber der Erfolgsdruck bei der zugleich gewünschten Aufwertung der verbleibenden Wohnungsbestände hoch. Hier muss also mit größtmöglicher Sorgfalt und Folgenabschätzung hinsichtlich des nachhaltigen Vermietungserfolges vorgegangen werden, um Fehlinvestitionen zu vermeiden.

Wissenschaftlich setzt sich mit diesen Fragekreisen Mario Kremling in seiner Diplomarbeit am Lehrstuhl Prof. Dr. Friederich, Fachbereich Geo-

graphie der MLU Halle-Wittenberg auseinander.

Kremling untersucht auf der Ebene des Wohnungsbestandes der WG Leuna e.G. Faktoren und Prozesse, die im Zusammenhang mit der räumlichen Leerstandsverteilung in der Großsiedlung Halle-Neustadt stehen. Dabei werden sowohl Merkmale von Lage und Gebäuden als auch die Altersstruktur der Bewohnerschaft und Segregationsprozesse in einen weitreichenden Erklärungsansatz einbezogen. Hierbei zeigt sich, dass die lokale Leerstandsausprägung durch eine spezielle Kombination der verschiedenen untersuchten Faktoren gekennzeichnet ist.

Diese nachvollziehbaren Erkenntnisse werden in einer Systematik zusammengefasst, deren besonderer Reiz darin besteht, dass räumliche Gesichtspunkte und Bewohneraspekte in einer Modellvorstellung vereinigt werden. Damit ist dieses Modell für Wohnungsunternehmen erstmals ein anwendbares Instrument nicht nur zur Erklärung von lokalen Leerständen, sondern auch zur Formulierung von Strategieansätzen, die sich in die Zukunft richten. Die ermittelten Strategieansätze reichen dabei von Aufwertungs-, Expansions-, Konzentrations-, Abwärts-, bis zu Abschöpfungs- und sogar Rückzugsstrategien, die jeweils am Beispiel Halle-Neustadts verortet werden. Der Autor der Studie kann per Mail unter mario.kremling@gmx.de kontaktiert werden.



Räumliche Zuordnung von Strategieansätzen im Untersuchungsgebiet (Kartographische Darstellung: Mario Kremling, Diplomarbeit, S.114)

Guido Schwarzendahl, Vorstand
Wohnungsgenossenschaft Leuna e.G.

Innerstädtische Plattenbauten zwischen Aufwertung und Abriss Mischstrategien für mehr Zukunftsgerechtigkeit im Innenstadtbereich

In vielen ostdeutschen Großstädten steht derzeit jede 4. oder 5. Wohnung leer. Trotz des zu großen Angebotes muss auch weiter saniert werden - auch Plattenbaubestände.

Plattenbausaniierungen sind in der Regel rekonstruierende Sanierungen, keine neugestaltenden Sanierungen. Technische Defekte sollen behoben werden. Es geht um konkrete Wohnwertverbesserung. Es gibt aber auch Plattenbaubestände, bei denen ein solcher Sanierungsansatz aufgrund ihrer Lage und aufgrund ihrer baulichen Besonderheiten zu kurz greifen würde. Hier reicht keine bloße rekonstruierende Sanierung, hier ist gestaltende Sanierung angezeigt. Plattenbauten stehen gehäuft, aber nicht ausschließlich in Großsiedlungen. In vielen ostdeutschen Städten findet man sie auch in den Zentren, gelegentlich sogar im Altstadtkern. Wer diese Bestände sanieren will, muss sich auseinandersetzen mit den Nahtstellen und Brüchen, die es im Stadtgefüge gibt.

Wer dies in Halle an der Saale tut, wird feststellen: Es ist keinesfalls zwangsläufig, dass die Bauform „Platte“ die Kontinuität des Altstadtgefüges belastet oder gar zerstört. Die Architekten, welche die Plattenbaubestände in Halles Altstadt planen und bauen, haben viel Sensibilität darauf verwandt, die Grundstrukturen der vorgegebenen Stadträume zu erhalten. Sie schufen Bauformen, welche sich in die vorhandene Substanz einfügen, ohne diese auf untaugliche Weise zu kopieren. Selbstverständlich entsprechen die Fassaden nicht mehr der derzeitigen Stadtästhetik. Mit heutigen Augen betrachtet wirken die Gebäude teilweise „seriell“ und monoton. Es geht deshalb auch darum, bei der Sanierung die Gleichförmigkeit der Gestaltung aufzubrechen. Sie soll ersetzt werden durch differenzierte Fassadengestaltung. Die Fassaden sollen die jeweilige Lage des Gebäudes im Stadtraum berücksichtigen und den Gebäuden auch „Identität“ verleihen. Bei der Sanierung wird es darum gehen, die Inten-

tionen der Stadtarchitekten aufzunehmen, aber ohne den Zwang zur „Seriellität“. Die Einzelhäuser sollen klarer erkennbar werden. Dies gelingt wesentlich durch Fassadengestaltung, aber auch durch neue Dachlandschaften zumindest in den besonders qualifizierten Wohnlagen.

Im Jahr 2006 wird unsere Stadt 1200 Jahre alt. Bis dahin möchte unsere Wohnungsgesellschaft ca. 2000 Plattenbauten in der Innenstadt neu gestalten. Dies ist einer der Beitrag unseres Unternehmens zum Jubiläum der Stadt Halle an der Saale und zur Stabilisierung des Wohnens in der Innenstadt.

Dr. Heinrich Wahlen, Geschäftsführer,
Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH



(Positive) Erfahrungen mit Mieterberatung/ -umsetzung im Kontext des Stadtumbaus

**Umbarericht-
live aus Halle**

Der geplante Leerzug von Wohngebäuden ist bereits seit mehreren Jahren ein wichtiges Thema in der täglichen Arbeit unserer Genossenschaft. Denn insgesamt 1.050 Wohnungen in 11- und 5-geschossigen Wohngebäuden wollen wir bis zum Jahr 2010 leer ziehen und abreißen. Bereits seit Anfang des Jahres 2001 wird deshalb der stadumbauespezifische Umzug von Mitgliedern in unserer Genossenschaft organisiert und realisiert.

Wenn die Entscheidung zum Leerzug eines Objektes getroffen worden ist, dann bedeutet das für unsere Mitarbeiter des Umzugsmanagements, die schnellstmögliche Kontaktaufnahme mit den betroffenen Genossenschaftlern und Mietern. Das beginnt mit der persönlichen Übergabe des Schreibens, in dem eine sachliche Darstellung zur Schließung des Objektes erfolgt. Dabei ist uns selbstverständlich klar, dass die inhaltlich begründeten Argumente und Notwendigkeiten, die letztendlich zur Einstellung der weiteren Bewirtschaftung des Wohngebäudes führen, für den Betroffenen nur zweitrangig sind. Deshalb stehen im Rahmen der weiteren laufenden Betreuung auch die individuellen Fragen, die

es Zuge des notwendigen Umzuges zu klären gilt, im Vordergrund.

Ziel unseres Umzugsmanagements ist es dabei, den Mietern bereits mit dem ersten Gespräch das reale Gefühl zu vermitteln, dass sie mit ihren nun anstehenden Fragen nicht allein gelassen werden. Wer viele Jahre in vertrautem Umfeld gelebt hat, seinen Nachbarn kennt und weiß, wo er für alle Belange des täglichen Lebens seinen Ansprechpartner findet, benötigt und erwartet bis zur endgültigen Klärung aller nun anstehenden Probleme eine umfassende Betreuung. Unsere Umzugsberatung beinhaltet deshalb vielfältige Teilelemente. Um den Kontakt mit den Mietern nicht abreißen zu lassen, wird in das leerziehende Objekt jeweils ein Umzugsbüro eingerichtet. Weitere Gespräche und Besichtigungen der neuen Wohnung werden terminlich vereinbart. Das bedeutet für die Mitarbeiter des Umzugsmanagements in dieser Phase keine geregelte Arbeitszeit. Die individuell zugeschnittenen Wohnungsangebote werden bei gemeinsamen Vor-Ort-Besichtigungen abgesprochen. Hierzu zählt natürlich auch die bestehenden Möglichkeiten zur Herrichtung der neuen Wohnung zu erörtern. Es wird gemeinsam entschei-

den, welche Varianten bestehen und wer welche Leistung übernimmt oder ausführt. Für die Herrichtung der Wohnung sowie für den dann anstehenden Umzug werden durch uns fachlich geschulte Firmen gebunden, um einen reibungslosen Ablauf zu garantieren. Speziell für unsere ausländischen Mieter stellen wir zur besseren Verständigung Dolmetscher bereit, die nicht nur die individuellen Anschreiben übersetzen, sondern auch für die persönlichen Gespräche zur Verfügung stehen.

Trotz aller Probleme und immer neuen Fragen können wir festhalten, dass der mit dem Stadtumbau verbundene Leerzug von Wohngebäuden in unserer Genossenschaft gut funktioniert. Zum einen, weil die betroffenen Mitglieder und Mieter viel Verständnis aufbringen, aber zum anderen eben auch, weil der Aufwand der individuellen Betreuung das notwendige Vertrauen schafft.

Bernd Danzke,

Vorstand, BWG Halle – Merseburg e.G.

**Umbarericht-
live aus Halle**

Gebietsaufwertung durch Abriss und Nachnutzung

Erstes Projekt in Halle-Neustadt auf bestem Weg

Nur noch letzte Formalitäten sind zu regeln, dann werden auf dem Grundstück Ecke Hallorenstraße/ Azaleenstraße in Halle-Neustadt die Bauarbeiten beginnen. Im Juni des vergangenen Jahres hatte an dieser Stelle mit dem Abbruch des ersten Gebäudes, einem Zwölfgeschosser aus dem GWG-Bestand, der Stadtumbauprozess in dem halleschen Stadtteil mit über 50.000 Einwohnern sichtbar begonnen. Jetzt wird hier ein Seniorenstift entstehen, erbaut und betrieben durch die HELLMICH Unternehmensgruppe.

Geplant ist ein viergeschossiger Neubau, der sich funktionell und optische in den bisherigen Bestand einordnet. Mit seinen 92 Einzel- und 10 Doppelzimmern wird er die Lücke im Pflegeplatzbereich ein Stück weit schließen helfen. Durch ergänzende Serviceeinrichtungen soll das Erdgeschoss außerdem zu einem offenen Begegnungsbereich entwickelt werden.

In Halle-Neustadt geben sich die Investoren nicht gerade die Klinke in die Hand. Verständlich, dass dieses Projekt mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt wird. Und: Es ist das erste Mal, dass hier mit einem Nachnutzungsprojekt zielgerichtet eine Aufwertungsinvestition getätigt wird. Damit hat das Projekt Beispielwirkung für den gesamten Stadtumbauprozess in der einwohnerstärksten Kommune des Landes.

Die HELLMICH Vita AG, die zur HELLMICH Gruppe Dinslaken gehört, plant und baut deutschweit

Seniorenstifte, die von den regional strukturierten Unternehmen der HEWAG Seniorenstift GmbH betrieben werden. Zustande gekommen ist das Vorhaben über einen ersten Kontakt der HELLMICH Gruppe im Magdeburger Sozialministerium. Schnell waren daraus konkrete Gesprächstermine in Halle geworden. Der Fachbereich Stadtentwicklung und -planung vermittelte erste Gespräche mit unserer Gesellschaft, aus denen sich weiterführende Verhandlungen entwickelten.

Für die Entscheidung, in Halle-Neustadt zu investieren, habe nach Aussagen von HELLMICH-Geschäftsleitungsmitglied Lothar Brand das überzeugende Konzept zur Stadtentwicklung gesprochen und die Begeisterung, mit der die Handelnden die Sache angehen.

*Udo Mittinger, Geschäftsführer,
GWG Halle-Neustadt mbH*



Modellzeichnung des geplanten Seniorenstiftes Halle-Neustadt

Innenstadtrevitalisierung und Altbaumanagement

- Diskussion und Thesenpapier -

Im Rahmen der letzten **Mitteldeutschen Wohnungswirtschaftliche Gespräche** initiierte das Netzwerk „Stadtumbau in Halle“ in Kooperation mit dem isw Institut eine Podiumsdiskussion zum Fragenkreis „Innenstadtrevitalisierung und Altbaumanagement unter Wirtschaftlichkeitserwägungen“. Auf der Basis eines Thesenpapiers der Veranstalter wurde das Thema angeregt diskutiert. Für Brisanz sorgte dabei nicht zuletzt die fachlich wie regional bunte Mischung der Podiumsteilnehmer. Vertreten waren dort die Thüringer Landesregierung (Mario Lerch), die Sächsi-

sche Aufbaubank (Stefan Weber), die oberere Denkmalschutzbehörde Sachsen-Anhalt (H.P.C. Weidner - zugleich auch Mitglied der Experten-Gruppe „Städtebaulicher Denkmalschutz in den neuen Ländern“) sowie die Stadt Halle (Dr. Elisabeth Merk) als eine ostdeutsche Kommune mit massiven Leerständen im Altbaubereich.

Das Thesenpapier kann angefordert werden über: netzwerk-stadtumbau-halle@isw-institut.de.

isw Institut

Privatinitiative Stadtumbau veranstaltet Workshop

Nutzungsvisionen für den Riebeckplatz

Nutzungsvisionen für den Riebeckplatz in Halle (Saale) – so der Titel eines ganztägigen Workshops, der auf Veranlassung der Privatinitiative „Stadtumbau“ am 09. Dezember 2003 unter Moderation von VertreterInnen des isw Institut stattfand. Eingeladen waren ExpertInnen aus den Bereichen Bauen, Projektentwicklung und Wohnen sowie des Fachbereiches Stadtentwicklung- und -planung der Stadt Halle. Ziel war die Generie-

rung und das Zusammenspiel von verschiedenen Nutzungsvisionen für die Areale rund um den Riebeckplatz unter Maßgabe insbesondere der Initiierung von langfristig tragfähigen Entwicklungen in diesem Gebiet. Die Ergebnisse werden derzeit mit den Anrainern diskutiert und auf ihre Umsetzungsfähigkeit geprüft.

isw Institut



Arbeitsergebnisse - in zwei getrennt arbeitenden Gruppen wurden zahlreiche Ideen für vier Teilbereiche rund um den Riebeckplatz Halle entwickelt

Stadtumbau Ost und kommunale Finanzen

- Arbeitsthema im isw Institut -

Mehr Stadtumbau mit weniger Geld? Ob diese Frage positiv zu beantworten ist, war Gegenstand der **7. Fachtagung WOHNENplus** des isw Instituts, die am 13. November 2003 in Halle stattfand. Inhaltlicher Aufhänger der Veranstaltung waren u.a. eine Prognose, nach der sich die Zuweisungen des Landes an die Kommunen bis zum Jahre halbieren werden. Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger, die Stadt schon heute so umzubauen, dass man sie morgen noch finanzieren kann - so das zentrale Fazit der gut besuchten Tagung. Der Reader dazu erscheint voraussichtlich im Juni.

Auch für den „infrastrukturellen Umbau“ von Städten und Regionen, ist die weitere Ausgestal-

tung des öffentlichen Finanzsystems von nachhaltiger Bedeutung. In diesem Zusammenhang bringt das isw Institut seine Kompetenz in die neue **Arbeitsgruppe „Umbau von Städten und Regionen“** der Landesarbeitsgemeinschaft Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen **der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)** ein. Hierzu wird das Institut bis Herbst 2004 einen Beitrag zum Spannungsbereich vom Einwohnerrückgang schrumpfender, kommunaler Finanzausstattung und den notwendigen Anpassungsstrategien hinsichtlich (bezahlbarer) infrastruktureller Ausstattungsstandards vorzulegen.

isw Institut

Termine/Veranstaltungshinweise 2. Quartal 2004

19. 04. 2004

Sitzung des Netzwerkes Stadtumbau in Halle (14.30-16.30 Uhr)

22. 04. 2004

Mitteldeutsche Wohnungswirtschaftliche Gespräche zum Thema „IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“ (17.00-19.30 Uhr, Franckesche Stiftungen, Halle)

27. 04. 2004

Sitzung der Privatinitiative „Stadtumbau“ (13.00 Uhr)

28. 04. 2004

Netzwerktagung „Integrierte Stadtentwicklung in Sachsen“ in Olbernhau (Erzgebirge)
(Informationen: Martina Gapp, isw Institut 0345 / 52 13 60)

05./06. 05. 2004

Gemeinsamer Genossenschaftstag in Magdeburg (Informationen: vdwg Sachsen-Anhalt e.V., 0391 / 74 41 70)

11. 05. 2004

Sitzung des AK „Integriertes Wohnen“ in Halle im isw Institut (14.30-17.30 Uhr)

01. 06. 2004

Lenkungsgruppe Stadtumbau in Halle (15.30-17.30 Uhr)

24. 06. 2004 (geplant)

Stadtentwicklungskonferenz in Torgau (Sachsen) zum Thema „Finanzmanagement der integrierten Stadtentwicklung im Freistaat Sachsen“

(Informationen, soweit nicht anders angegeben, über Netzwerk „Stadtumbau in Halle“, Dipl. Geogr. Anita Steinhart, isw Institut, Tel. 0345-52 13 60)

IMPRESSUM

Herausgeber und Redaktion:

Netzwerk „Stadtumbau in Halle (Saale)“
sowie isw Institut für Strukturpolitik
und Wirtschaftsförderung
gemeinnützige Gesellschaft mbH
Heinrich-Heine-Str. 10
06114 Halle (Saale)
Tel.: 0345-52 13 60
Fax: 0345-5 17 07 06
Mail:
netzwerk-stadtumbau-halle@isw-institut.de
Redaktionsschluss: 29.03.04

Foto-/Grafiknachweis:

Seite 2: Faber/Weißbarth, IBA-Büro
Seite 3: HWG Freiheit e.G. Halle (2)
Seiten 4/5: Stadt Halle (5)
Seite 6: Kremling
Seite 7: HELLMICH-Unternehmensgruppe
Seite 8: isw Institut